

## Studiengangsschließungen verhindern, Kürzungen aktiv bekämpfen!

Oder: Warum die Sitzung des Akademischen Senats am 17.12. ein Pflichttermin ist!

Nachdem die Bürgerschaft im Herbst den umstrittenen Wissenschaftsplan 2020 beschlossen hat, sind nun die Hochschulen mit der Umsetzung dran. Das heißt im Klartext, dass die Hochschule Bremen sich quasi halbieren und auch die Uni die formulierten Einsparungsansprüche umsetzen muss. Ironischerweise soll der Akademische Senat, das höchste Entscheidungsgremium der Uni, selber zu entscheiden, wo das Fallbeil zuschlägt und Personal abgebaut wird. So sollen ab 2020 8 Millionen Euro jährlich eingespart werden. Vereinzelt hört man, dass es eigentlich 16 Millionen Euro sein müssten, um die Uni tatsächlich ‚handlungsfähig‘ zu machen. Allein das zeigt: Das ist nicht die letzte Kürzungs-

runde!

Deshalb: Kürzungen müssen jetzt aktiv bekämpft werden! In den Fokus sind verschiedene Institute geraten. So soll zum Beispiel das Zentrum für Humangenetik geschlossen werden. Andere sollen rückgeführt werden in die Fachbereiche oder sich verkleinern. Offiziell soll so vermieden werden, dass die Lehre unter den Kürzungen leidet. ABER: Ob die Institute nun geschlossen werden oder sich ‚nur‘ verkleinern müssen. Konkret heißt das Personalabbau und auch in den Instituten sitzen wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Profs, die Lehrveranstaltungen geben. Auswirkungen auf das Lehrangebot können also nicht vermieden werden. Interessanterweise wussten die

betroffenen Institute bis kurzem gar nicht, dass sie auf der Abschlusliste stehen. Transparenz und Beteiligung der Betroffenen scheinen im Kürzungsprozess Fremdwörter!

Die Maßnahmen reichen jedoch nicht aus: um weitere 1,5 Millionen Euro auszugleichen, soll die Einnahmenseite erhöht werden und da werden wir zur Kasse gebeten: Die Verwaltungsgebühren, die pro Semester bisher 50€ betrug, soll auf 90€ erhöht werden! Spätestens das zeigt: Kürzungen gehen uns alle an! Darum: Wir müssen gemeinsam ein Zeichen setzen. Kommt am Mittwoch (17.12.) um 7.30 Uhr auf die AStA-Etage oder etwas später direkt zum Raum GW2 B3009.

## Von der Straße in die Haushaltskommission – Was passiert mit der Psychologie?

Als im April 2014 der erste Entwurf des Wissenschaftsplans 2020 veröffentlicht wurde und an der Universität das Studienfach Psychologie zur Debatte stand, begannen die ersten Proteste. Nicht

nur Studierende, sondern auch ein breites Bündnis aus Dozierenden, Verwaltungsangestellten und verschiedenen hochschulpolitischen Gruppierungen fragten sich, welche inhaltliche Grundlage

herangezogen wurde, um ein stark nachgefragtes Studienfach zu schließen. Gegen die fadenscheinige Argumentation von der senatorischen Behörde und dem Rektorat regte sich auf verschiedenen

Ebenen Widerstand. Neben der Diskussion, die im Akademischen Senat geführt wurde, übten zudem verschiedene Statusgruppen wie zum Beispiel der Personalrat Druck auf das Rektorat aus, um die einseitige Kürzungsdiskussion zu Lasten der Psychologie abzuwenden. Auf Seiten der Studierenden wurde mit kreativem und vielfältigem Protest die Öffentlichkeit einbezogen. Von lautstarken Protesten vor dem Rektoratsgebäude über völlig überfüllte Vorlesungssäle bei Vollversammlungen bis hin zu verschiedenen Veranstaltungen in Kooperation mit der Hochschule (z.B.

eine gemeinsame Demo mit über 500 TeilnehmerInnen). Das mediale Interesse war riesig, aber auch die gesellschaftliche Unterstützung war spürbar. Als im August 2014 begleitet von weiteren Protesten der Wissenschaftsplan 2020 verabschiedet wurde, stand die Psychologie nicht mehr als expliziter Streichkandidat in dem Papier. Vielmehr erging ein Auftrag an die Universität, die Sparmaßnahmen eigenständig umzusetzen. Über den Sommer wurde stillschweigend die Haushaltskommission, unter Vorsitz des Kanzlers, damit

beauftragt, Sparmaßnahmen zu erarbeiten, um die fehlenden ca. 8 Millionen Euro einzusparen. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Studierenden stets in der Ungewissheit gelassen, zu welchen Kürzungen der Wissenschaftsplan letztlich führen würde. Nun rückt die Entscheidung näher und die Haushaltskommission hat Vorschläge erarbeitet, denen der Vorschlag zugrunde liegt, Lehre nicht weiter zu belasten, sondern unter anderem vermeintlich ausgelagerte Institute zu schließen und die Verwaltungsgebühr massiv zu erhöhen.

## Wie es das letzte Mal war

Die Uni Bremen steht nicht zum ersten Mal vor einer Kürzungsrunde. Deshalb kommen die teilweise sehr schwierigen Bedingungen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende auch nicht von ungefähr. Das letzte Mal mussten im Rahmen des fünften Hochschulentwicklungsplan (HEP V) 2008 rund 10 Millionen Euro eingespart werden. Hierbei wurde der finanzielle Rahmen von der senatorischen Bildungsbehörde abgesteckt und die Entscheidung, wie das Geld letztlich eingespart werden sollte, der Uni überlassen. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe an der Uni eingesetzt, die einen Vorschlag erarbeite. Der Vorschlag enthielt schließlich einen radikalen Kurs, dem

unter anderem die Studiengänge Sport und Behindertenpädagogik zum Opfer fallen sollten.

Gegen dieses Vorgehen regte sich aber großer Widerstand in der Studierendenschaft. Dank massiver Mobilisierung konnte eine Beschlussfassung über die Kürzungen im Akademischen Senat (AS) mehrfach verhindert und somit ein wichtiges Zeichen gegen den Schließungs- und Kürzungswahn gesetzt werden. Leider konnten die Schließungen und Kürzungen nicht komplett verhindert werden. Das Rektorat entschied sich, das (aus demokratischer Sicht höchst fragwürdige) Mittel des Eilentscheids anzuwenden, um die Pläne durchzusetzen. Bei der nächsten AS-Sitzung, die

stattfind, wurde die Entscheidung lediglich nachträglich legitimiert.

An den Folgen des HEP V hat die Uni immer noch zu knabbern. So sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliche MitarbeiterInnen und übervolle Veranstaltungen mit schlechten Betreuungsverhältnissen eher die Regel als die Ausnahme. Zusätzlich schrumpfte wie gesagt das Studienangebot an der Uni. Die aktuellen Kürzungspläne würden der Uni erneut einen schlimmen Schlag verpassen, von dem sie sich nicht mehr erholen würde. Deshalb gilt auch hier der Spruch: Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren!